

18.01.2006

## Zuwanderer-Qualifikationen im Leerlauf

Das berufliche Potenzial von Migranten bleibt in Österreich weitgehend ungenutzt: Auch ein sozialer Aufstieg der Zuwanderer mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft steht nicht auf der Agenda der österreichischen Integrationspolitik. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für soziale Innovation ( [ZSI](#) ). Die Wiener Entwicklungspartnerschaft InterCulturExpress soll dieser Dequalifikation bei ausländischen Arbeitskräften entgegenwirken.

Den höchsten Anteil an Berufstätigen, die unter ihrer Qualifikation arbeiten, findet man mit rund 45 Prozent bei Personen, die weder in Österreich geboren wurden noch die österreichische Staatsangehörigkeit besitzen, erläutert Studienautor August Gächter. Die in Österreich wie auch in der EU immer wieder artikuliert Forderung nach einer gezielten Einwanderungspolitik, die Personen mit akademischer und beruflicher Qualifikation bevorzugen soll, sei laut Gächter reine Rhetorik. Denn an gebildeten ausländischen Arbeitskräften mangle es hierzulande nicht. Allerdings werde dieses Potenzial kaum genutzt. "Höhere Bildung ist für Einwanderinnen und Einwanderer in Österreich kein Schutz vor Arbeitslosigkeit", so der Studienautor im "Standard". Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, würde jeder Job angenommen. Besonders auffällig ist hierbei der Dequalifizierungsanteil bei Berufstätigen aus Nicht-EU-Ländern. Dieser beträgt 47 Prozent und betrifft vor allem Personen aus der Türkei und Ex-Jugoslawien.

### Mangelnde Erfassung

Dass es bei vielen Migranten nicht an Kompetenz fehlt, wohl aber an der Anerkennung der Qualifikationen, sieht Gächter als Grund für Arbeitslosigkeit und Dequalifizierung. So nehme das [AMS](#) bei der Vermittlung keinen Bedacht auf die erzielten Bildungsabschlüsse, sondern nur auf die letzte Beschäftigung. Auf Anfrage der APA-OnlineJournale antwortete das AMS Wien schriftlich: "Eine nicht nostrifizierte akademische Ausbildung im Herkunftsland wird vom AMS nicht erfasst." Nach Angaben des AMS sind lediglich 550 der 19.551 im Jahr 2005 in Wien als arbeitslos gemeldeten Ausländer mit einer akademischen Ausbildung registriert. Das lässt jedoch nur vage Rückschlüsse auf den tatsächlichen Bildungsgrad der restlichen 97 Prozent zu.

Auch Manuela Vollmann, Geschäftsführerin des [abz.austria](#) , erklärte, dass sie oft die Arbeit des AMS übernehmen müsse. Die Non-Profit-Organisation [abz.austria](#) setzt sich für Berufschancen für Frauen ein. Bei Jobvermittlung und Schulungsmaßnahmen werde kaum zwischen Wiedereinsteigerinnen heimischer oder ausländischer Herkunft unterschieden. Vor allem Frauen aus den neuen EU-Ländern hätten den österreichischen Betrieben viel an technischem Know-how zu bieten. So sei seit Kurzem wieder eine steigende Integrationsquote zu verzeichnen. Der Erfolg sei jedoch großteils auf die eigene erfolgreiche Partnerschaft mit Betrieben wie [Philips](#) oder [Cisco](#) und weniger auf die Zusammenarbeit mit dem AMS oder der Wirtschaftskammer ( [WKÖ](#) ) zurückzuführen.

### InterCulturExpress

Im Rahmen des Projektes [InterCulturExpress](#) laufen derzeit sechs Programme zur berufliche Integration von Migranten. Seit Juli 2005 finden diese unter der Schirmherrschaft von Integrationsstadträtin Sonja Wehsely im Rahmen der



Oft fallen Qualifikationen durch den Raster

europäischen Gemeinschaftsinitiative [EQUAL](#) statt. Finanziert werden sie jeweils zur Hälfte aus Mitteln des europäischen Sozialfonds und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. Die Zielvorgabe ist das Sichtbarmachen von Qualifikationen, das einen rascheren Eintritt in ausbildungsadäquate Berufsfelder gewährleisten soll. Mehrsprachigkeit und Migrationshintergrund seien ein Potenzial, das zunehmend auch von international tätigen Firmen anerkannt und geschätzt würde, heißt es in einer Aussendung des InterCulturExpress.

Das [Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen](#), das als Koordinator für das InterCulturExpress-Programm fungiert, leitet unter anderem das Projekt "Ampel". Dieses richtet sich an Experten, Multiplikatoren und Berater in Wiener Institutionen, die im Bereich Integration, Migration und Beratung tätig sind. Geschäftsführer Norbert Bichl zeigt sich im Gespräch mit den APA-OnlineJournals zufrieden mit dem Interesse von Seiten der Wiener Magistratsabteilungen, dem AMS und der Behörden. Ein Problem sei aber nach wie vor die Dauer der Gleichwertigkeitsverfahren, sprich der Gleichstellung einer im Ausland erworbenen Ausbildung mit einer österreichischen.

Problematisch sei auch, dass es keine zentrale Anlaufstelle gebe. So sei zum Beispiel für im Gesundheitsbereich Ausgebildete aus EU-Ländern das Ministerium zuständig, für jene aus Nicht-EU-Ländern sei es der jeweilige Krankenanstaltenverbund in den Bundesländern, erklärt Bichl. Zur Verwirrung trägt weiter bei, dass als Kriterium nicht nur die Art der Ausbildung gilt. So muss der Arbeitssuchende in Österreich angeben, ob er eine weitere Ausbildung anstrebt oder "nur" seinen Beruf ausüben will. Somit würde ungewollt auch die Dequalifikation begünstigt, da der Druck auf Migranten, möglichst schnell eine Arbeit zu finden, oftmals Priorität über die Nostrifikation oder die Belegung von Fortbildungskursen habe, so Bichl.

In der ZIS-Studie stellte Gächter weiter fest, dass ein Teil des Problems den Arbeitgebern zuzuschreiben ist. So schützen auch bessere Deutschkenntnisse nicht vor Arbeitslosigkeit, solange "akzentfreies" Deutsch verlangt würde. Denn am Akzent ändern auch Deutschkurse nichts, was einen erfolgreicher Berufseinstieg für Ausländer erschwere oder verunmögliche. Gächter: "Die Forderung, Deutsch zu lernen, macht nur zusammen mit wirksamen Schutz vor Diskriminierung Sinn. Das ist eigentlich der springende Punkt. Warum spielt der Vorarlberger Akzent keine Rolle, der türkische allerdings sehr wohl". Die Zuwanderungspolitik spiele hierbei eine wesentliche Rolle. Werde der Zuzug von neuen Migranten fortlaufend gedrosselt, verhindere dies gleichzeitig den Aufstieg der bereits hier lebenden Zuwanderer in die Mittelschicht, verdeutlicht der Studienautor. Denn diese würden weiterhin hauptsächlich in minderqualifizierten Jobs eingesetzt. Die Forderung der österreichischen Bevölkerung nach integrierten Migranten - als solche mit entsprechenden Einkommen und Bildungsabschlüssen - entlarve sich so als Mythos.

Von Philipp Kaindl/APA